

Nützliche Nachrichten 9/2008

Dialog-Kreis

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70, D-51124 Köln, Tel: 02203-126 76, Fax: 02203-126 77

Spendenkonto: Dialog-Kreis, Kontonummer 9152539, BLZ 370 501 98, Stadtparkasse Köln

Redaktion: Andreas Buro, Barbara Dietrich, Mehmet Sahin, Luise Schatz und Mani Stenner

Redaktionsschluss: 30. September 2008

dialogkreis@t-online.de, www.dialogkreis.de

Der Kommentar

Den Kampf um kulturelle Rechte der Kurden unterstützen, aber nicht militärisch eskalieren

Andreas Buro

Jeder Mensch hat das Recht, seine Muttersprache zu sprechen, zu erlernen und sie öffentlich zu Gehör zu bringen. Jeder Mensch hat das Recht seine Kultur zu leben und seine Traditionen zu praktizieren. Niemand hat das Recht, anderen ihre Sprache, ihre Kultur und die Ausübung ihrer Tradition zu verbieten.

Solche kulturellen Anrechte haben nicht notwendigerweise zu tun mit Separatismus, obwohl damit immer auch Separatismus verbunden sein kann. Separatismus ist insbesondere ein Problem der entstehenden Nationalstaaten, die die so oft ethnisch und kulturell durchmischte Bevölkerung in möglichst homogene Gesellschaften umformen möchten. Dabei wird das Mittel der Zwangsassimilierung angewandt. Dies umso mehr, je größer die Minderheiten im neu zu bildenden Nationalstaatsgebiet sind. Hier wird die Gefahr der Abspaltung – also des Separatismus – für besonders gefährlich gehalten.

Zwangsassimilierung: Da wird die Sprache verboten, Namen werden geändert, kulturelle Veranstaltungen unterbunden, Umsiedlungen erzwungen, es wird sogar die Existenz der minoritären Ethnie geleugnet (Es gibt gar keine Kurden, sondern nur zurückgebliebene Bergtürken!) und vieles mehr an kleinlichen Schikanen erdacht. Zwangsassimilierung ist auch mit wirtschaftlicher und sozialer Benachteiligung verbunden, wie man am Beispiel der kurdischen Siedlungsgebiete in der Türkei eindringlich studieren kann.

Die Folgen einer solchen Politik sind notwendigerweise Empörung und Forderungen, die meist vom Staat durch verstärkte Repression beantwortet werden. In Gesellschaften, die wenig Tradition mit einer friedlichen Konfliktschlichtung haben, entsteht daraus eine Eskalation der Gewalt und Gegengewalt. Feindbilder verstärken sich selbst dort, wo beide

Seiten der gleichen Religion anhängen. Wo dies nicht der Fall ist, wie bei den christlichen Armenier und den muslimischen Türken, verschärft die unterschiedliche Religion noch den Konflikt möglicherweise bis hin zum Massenmord.

Wie in dieser Ausgabe im Einzelnen dargestellt, verstärkt sich gegenwärtig der weitgehend gewaltfreie Kampf für die kulturellen Rechte der Kurden, der mit großem Mut von Teilen der Bevölkerung, von Gruppen und Einzelnen getragen wird. Die EU und ihre Staaten sind immer wieder aufzufordern, diesen gewaltfreien Kampf endlich offen und unüberhörbar zu unterstützen. Hat man denn nichts aus dem Kosovo-Konflikt gelernt? Dort wehrten sich die Kosovo-Albaner über Jahre gewaltfrei gegen die serbische Repression, ohne dass sie nennenswerte Unterstützung der EU-Staaten erhielten.

Nicht unterstützungswert ist dagegen die erneute Eskalation der militärischen Auseinandersetzung zwischen dem türkischen Militär und der PKK-Guerilla. Gerade wird gemeldet, die PKK habe am 4. Oktober in Hakkari einen Posten angegriffen und viele türkische Soldaten getötet. Rache für türkische Angriffe? Aber was soll dadurch erreicht werden, außer dass die Bevölkerung der Türkei den Militärkurs ihrer Regierung und Generalität noch stärker unterstützt? Schon werden die Scheiben kurdischer Geschäft eingeschmissen und es ertönt der Ruf „Kurden raus“. Der anachronistische türkische Nationalismus wird aufgeputzt. Hat denn die PKK ihre politischen Ziele aus dem Auge verloren und fällt sie nicht gar ihren Landsleuten, die für ihre kulturellen Rechte kämpfen, in den Rücken?

Ereignis-Kalender

Wie frei ist die kurdische Sprache im EU-Kandidatenland Türkei?

Kampagne für die freie Anwendung der kurdischen Sprache in allen Bereichen des öffentlichen Lebens

Mit dem Schulbeginn am 8. September 2008 startete die Bewegung für die kurdische Sprache und Erziehung (TZP) eine breit angelegte Kampagne für die Anwendung der kurdischen

Sprache in allen Bereichen des öffentlichen Lebens und die Erziehung in kurdischer Sprache. Zu diesem Zweck wurden in fast allen Städten Kurdistans Schulen boykottiert, und Kundgebungen abgehalten.

An den Aktivitäten nehmen tagtäglich Tausende KurdInnen teil. Diyarbakir, Van, Batman, Hakkari, Viransehir, Bismil, Tatvan, Bingöl, Bitlis sind einige Städte, in denen KurdInnen auf die Straße gingen. Bei den Kundgebungen wird die türkische Regierung dazu aufgefordert, von ihrer „unzeitgemäßen und reaktionären Politik“ zum Thema Muttersprache Abstand zu nehmen. In Redebeiträgen wird darauf aufmerksam gemacht, daß eine offizielle Anerkennung der kurdischen Sprache der türkischen Sprache keinen Schaden zufügen würde.

Einige Forderungen der Initiatoren:

- Kurdisch muss offiziell anerkannt und in der Verfassung verankert werden.
- Für Gleichberechtigung der kurdischen Sprache
- Kurdisch muss in allen Etappen der Erziehung und Ausbildung, d.h. vom Kindergarten bis zum Studium an den Universitäten, Anwendung finden.
- Der türkische Staat muss sich bei den Kurden wegen der bisherigen Assimilationspolitik entschuldigen.
- Die türkisierten Namen der Ortschaften müssen aufgehoben und die ursprünglichen kurdischen Namen anerkannt werden.
- Für das Recht der Ausübung der Religion auch in kurdischer Sprache. (Yeni Özgür Politika, 4.9.08)

Politiker Miroglu darf fünf Jahre nicht Kurdisch sprechen

Weil Orhan Miroglu während einer Wahlveranstaltung in Mersin Kurdisch gesprochen hat, wo er für die Parlamentswahlen am 22. Juli 2007 als Unabhängiger kandidiert hatte, wurde er verurteilt. Die Urteilsbegründung und die Höhe der Haftstrafe wurden nicht bekannt gegeben. Wenn er in den nächsten fünf Jahren dieselbe Tat nicht wiederholen würde, würde das Urteil aufgehoben. Ansonsten wird das Gericht die Urteilsbegründung und die Höhe der Haftstrafe bekannt geben und er muss dann ins Gefängnis.

Miroglu sagte: „Dieses Urteil bedeutet faktisch, dass ich in den nächsten fünf Jahren nicht Kurdisch sprechen darf und dies wird wie ein Damoklesschwert über mir schweben.“

(www.Kurdistan-Post.org, 13.9.08; Bianet)

Kurdischer Schüler Rêzan Bilir:

„Ich werde wieder meine Muttersprache zu Hause lassen und in die Schule gehen. Unsere Lehrer werden wieder mit uns in einer Fremdsprache reden.“

Versetzt Euch in meine Lage und denkt nach, über die Schwierigkeiten, denen wir ausgesetzt sind. Wir sind kurdische Kinder und unsere Muttersprache ist Kurdisch. Ist dies die Geschwisterlichkeit?“ (Yeni Özgür Politika, 9.9.08)

Rozerin, die kein Türkisch kann, muss in die türkische Schule: „Schule wird in kurdischer Sprache Spaß machen“

Rozerin Özel, 7 Jahre, Kiziltepe/Mardin: „Wenn ich in die Schule gehe, schäme ich mich, weil ich kein Türkisch kann. Ich habe ständig Angst. Ich habe Angst, dass mein Lehrer mich fragt und ich nicht antworten kann. Dann überlege ich, wie ich überhaupt antworten könnte. Und was er sagt und erzählt, verstehe ich nicht. Weil ich nichts verstehe, habe ich Angst, dass ich in der Schule versage...“ (Yeni Özgür Politika, 13.9.08)

Kurdische Kinder fordern die freie Anwendung der kurdischen Sprache

- Jede Sprache ist ein Schlüssel des Herzens
- Wir wollen in unserer Muttersprache unterrichtet werden. (Yeni Özgür Politika, 8.9.08)

Verurteilungen aufgrund der Forderung nach Erziehung in der kurdischen Muttersprache

4 Studenten wurden je zu 6 Jahren und 3 Monaten, und 2 Studenten wurden je zu 3 Jahren und 9 Monaten Haft verurteilt. Wenn schon die Forderung nach „Erziehung in Kurdisch“ zu solchen Gefängnisstrafen führt, so kann man sich leicht ausmalen, was es bedeutet, in der Schule oder in den Behörden Kurdisch zu sprechen! (Yeni Özgür Politika, 17.5.08)

Kurdisch sprechen wird geahndet

In Istanbul wurden 20 Bauarbeiter entlassen, weil sie untereinander Kurdisch gesprochen haben.

Weil Haci Itekin in Izmir in seinem Auto kurdische Musik hörte, wurde er mit einer Geldbuße in Höhe von 55,00 Türkischen Lira bestraft. (Yeni Özgür Politika, 27.8.08)

Kurdisch bei Gefängnisbesuchen verboten

Da Azize Aslan nicht Türkisch kann, hat sie während eines Gefängnisbesuchs in Sincan bei Ankara mit ihrem gefangenen Sohn Kurdisch gesprochen. Aufgrund dieses „Vergehens“ wurde der Besuch vorzeitig beendet. Seit einem Monat kann sie mit ihrem Sohn nicht kommunizieren. (Yeni Özgür Politika, 8.9.08)

Gegen Kurdischverbot auf kurdisch agieren

Aus Protest gegen das Verbot des Gebrauchs der kurdischen Sprache in den Gefängnissen haben die PKK-Gefangenen im D-Typ-Gefängnis in Diyarbakir angekündigt, ab sofort bei allen offiziellen Gelegenheiten nur noch kurdisch zu sprechen.

In den Gefängnissen in der Türkei werden immer mehr Fälle bekannt, bei denen der Gebrauch der kurdischen Sprache zu Repressionen führte. Kurdische Zeitungen und Zeitschriften werden verboten, Gespräche mit Besuchern auf kurdisch unterbunden – auch wenn die Betroffenen keine andere gemeinsame Sprache haben. So werden neuerdings auch Telefongespräche über ein elektronisches System automatisch unterbrochen, wenn kurdisch gesprochen wird. Die Gefangenen werden mit Bunkerstrafen, Brief- und Besuchsverboten belegt.

Die PKK-Gefangenen in Diyarbakir wollen daher in die Offensive gehen und ab sofort vor Gericht und bei allen offiziellen Gelegenheiten, so etwa im Schriftverkehr mit Anstaltsverwaltung, ausschließlich kurdisch sprechen und schreiben.

(Yeni Özgür Politika, 2.9.08, ISKU)

Kurdische Namen verboten

Aufgrund ihrer kurdischen Namen wurden alleine in der Provinz Diyarbakir Verfahren gegen 1558 Kinder in den Jahren 2006 und 2007 eingeleitet. (Yeni Özgür Politika, 3.6.08)

In Kumluca bei Antalya wurden die Namen vom 18monatigen Roberd und 2jährigen Robin nicht eingetragen und keine Ausweise ausgestellt. (Yeni Özgür Politika, 29.5.08)

Der Vorname Welat (Heimat) für das Neugeborene eines Ehepaares wurde von Standesamt in Diyarbakir nicht eingetragen. (Yeni Özgür Politika, 5.9.08)

Zu den verbotenen Vornamen gehören auch Beybün (Kamille), Berfin (Schneeglöckchen), Nefel (Klee), Darasin (Grüner Baum). Die Kommune Kayapinar in Diyarbakir hat fünf Parkanlagen eingerichtet und benannte sie mit kurdischen Pflanzen- bzw. Blumennamen. Gulistan (Rosengarten), Beybün (Kamille), Berfin (Schneeglöckchen), Nefel (Klee) und Darasin (Grüner Baum). Der Gouverneur von Diyarbakir Avni Mutlu verweigerte die Eintragung der Namen der vier Parkanlagen. Weil die Türken

den Namen Gulistan mitbenutzen, wurde nur dieser Name eingetragen. Die Übrigen, bei denen die verbotenen Buchstaben „W, Q und X“ nicht vorkommen, wurden dennoch abgelehnt.

(Yeni Özgür Politika, 14.7.08)

Generäle fordern schärfere Gesetze

Das türkische Militär will seine Offensive gegen die kurdische Guerillaorganisation PKK ausweiten – und gleichzeitig auf eine Rücknahme der zaghafte Verbesserungen bei den Freiheitsrechten dringen, die die konservativ-islamische Regierung von Tayyip Erdogan im Zuge der EU-Reformen umgesetzt hat. Dies stellte der neue türkische Generalstabschef Ilker Basbug klar, der am 28. August 2008 die Nachfolge von Amtsvorgänger Yasar Büyükanit antrat. „Wir werden den Kampf fortsetzen, bis auch der letzte Terrorist beseitigt ist“, hatte Basbug bereits in einer Rede am 27. September gelobt. Gleichzeitig forderte der neue Oberkommandierende alle staatlichen Institutionen, die Wirtschaft und die Gesellschaft zu einem „konzertierten Schlag“ gegen die PKK auf. Zukünftig solle der Kampf nicht nur auf der militärischen Ebene, sondern durch eine „totale Mobilisierung“ sämtlicher Kräfte auf allen Ebenen geführt werden.

Grund hierfür dürfte eine Übereinkunft zwischen Erdogan und dem politisch mächtigen Militär nach der schweren Konfrontation im Frühsommer 2007 sein. Damals gab Erdogan seinen Generälen plötzlich freie Hand in der Kurdenfrage, stellte ihnen durch eine Parlamentsermächtigung im vergangenen Oktober sogar eine Blankovollmacht für militärische Angriffe in Irakisch-Kurdistan aus. Kaum zufällig sind im selben Zeitraum die Angriffe auf die Regierung im Diskurs der türkischen Generäle deutlich zurückgegangen.

Die neue Militärführung wird nun weitere Zugeständnisse in der Kurdenfrage einfordern. Isik Kosaner, der neue Oberkommandierende des Heeres, forderte am 27. August, daß die „Balance zwischen Terrorbekämpfung und Menschenrechten neu überdacht“ werden müsse. Die von der EU verordneten Reformen zur Ausweitung der Freiheits- und Minderheitenrechte behinderten die Arbeit der Militärs, so der General. Dringend müssten nun „neue Gesetze“ her, die den Sicherheitskräften ein „effizienteres Vorgehen“ ermöglichen.

Entsprechende Gesetzesänderungen seien „möglich“, ließ der Vorsitzende der Verfassungskommission im türkischen Parlament, Burhan Kuzu, bereits durchblicken. Bei den Menschenrechtsorganisationen klingeln deshalb sämtliche Alarmglocken. „Es sieht so aus, als ob sich das politische Klima weiter verschärfen und die freiheitliche Grundrechte erneut beschnitten würden“, glaubt Yavuz Önen von der „Menschenrechtsgesellschaft Türkei“ (TIHV).

(Junge Welt, 29.8.08)

Hunderttausende für die friedliche Lösung der Kurdenfrage

Hunderttausende haben in der Türkei am 31. August 2008 für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage demonstriert. Die Proteste, die von dem parteiübergreifenden „Friedensrat Türkei“ organisiert wurden, begannen zeitgleich in den Metropolen Istanbul, Diyarbakir und Adana. Doch auch aus den Städten Izmir, Bursa, Trabzon und Eskisehir wurde die konservativ-

islamische Regierung von Ministerpräsident Tayyip Erdogan von Demonstranten zur „sofortigen Beendigung ihrer sinnlosen Eskalationspolitik in der Kurdenfrage“ aufgefordert.

Die Demonstrationen bildeten den vorläufigen Höhepunkt einer Serie von Protesten und politischen Aktionen. Auftakt war eine ebenfalls vom Friedensrat organisierte Massenkundgebung in Istanbul Anfang Juni. Weil die türkische Regierung „nach wie vor auf Unterdrückung und militärische Gewalt bei der Lösung der Kurdenfrage“ beharre, sei die Entstehung einer starken Friedensbewegung dringend nötig, hieß es in einem Aufruf der Organisatoren zu den Demonstrationen zum Antikriegstag.

Die Zahlen geben dieser Einschätzung recht: Allein im ersten Halbjahr 2008 sind mindestens 178 Menschen bei Gefechten zwischen der türkischen Armee und der kurdischen Guerilla ums Leben gekommen. Dennoch unternehme die Regierung Erdogan alles, um eine Diskussion über friedliche Lösungsansätze zur Beendigung des seit einem Vierteljahrhundert andauernden Konflikts von der Tagesordnung fernzuhalten, beklagen die Friedensaktivisten. Ein wichtiges Anliegen der Proteste war es deshalb, den angeblichen gesellschaftlichen Konsens über das militärische Vorgehen gegen Kurden, der von Regierung, Militär und einem Großteil der Medien suggeriert wird, zu entlarven. Die Aktivisten der Friedensbewegung in der Türkei drängen dagegen auf eine umfassende Verfassungsreform, mit der alle ethnischen und kulturellen Gruppen in der Türkei anerkannt und gleichberechtigt behandelt werden. Darüber hinaus seien entschlossene Schritte zur Demokratisierung des Landes nötig. Neben zahlreichen Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften hatten nahezu alle linken Parteien zur Teilnahme an den Kundgebungen aufgerufen.

(ANF, 31.8.08; junge Welt, 1.9.08)

Autor und Verleger angeklagt

Der ehemalige Unteroffizier und Autor Kasim Cakan sowie sein Verleger Mehdi Tanrikulu sind wegen eines Buches angeklagt, in dem von einem Zeitzugverbrechen der türkischen Armee in den Jahren 1993-1995 aufgeführt sind. Die Anklage lautet auf „Werbung für eine terroristische Organisation“, weil in dem Buch der Begriff „Guerilla“ verwendet wird.

In dem Buch „Als Unteroffizier Soldat sein“ berichtet Kasim Cakan von seiner Zeit als Unteroffizier in den kurdischen Provinzen. Er erzählt, wie Guerillakämpfer der PKK lebend aus Hubschraubern geworfen wurden, wie Guerillaleichname vergewaltigt, Dorfbewohner beseitigt und ein Rekrut getötet wurden. Dabei nennt er den Zeitpunkt und die Namen der beteiligten Personen.

Das Buch hat die Qualität einer Anklageschrift, aber angeklagt wurden von dem ermittelnden Staatsanwalt der Autor und sein Verleger. Wie Mehdi Tanrikulu erläutert, sei es gerade jetzt, wo die öffentliche Diskussion in der Türkei von den Ergenekon-Ermittlungen geprägt sei, bedenklich, dass die in dem Buch geschilderten Verbrechen das Interesse des Staatsanwaltes nicht habe wecken können, die Verwendung eines international gebräuchlichen Begriffs wie „Guerilla“ hingegen zu einem Strafverfahren führe.

1997 wurde Kasim Cakan unehrenhaft aus der Armee entlassen. Die offizielle Begründung lautete „Disziplinlosigkeit und Christentum“.

(ANF, 3.9.08, ISKU)

301 Verfahren gegen Temel Demirer

Aufgrund einer Presseerklärung, die Demirer einen Tag nach der Ermordung des armenischen Journalisten Hrant Dink am 19. Januar 2007 abgegeben hat, wurde Anklage gegen ihn wegen "Beleidigung des türkischen Staates" (Art. 301 Strafgesetzbuch) erhoben. In seiner Presseerklärung hatte Demirer u.a. erklärt, dass Dink nicht nur ermordet wurde, weil er Armenier war, sondern auch, weil er erklärt habe, dass es einen Völkermord an den Armeniern gegeben hat. Gemäß der Änderung des Artikels 301 im Frühjahr ist die Einleitung einer Strafverfolgung gemäß dieses Artikels an eine Erlaubnis des Justizministeriums gebunden. Im Falle Demirers fragte das Gericht beim Justizministerium an und erhielt eine Bestätigung der Anklage.

In der Vergangenheit war Paragraph 301 eine beliebte Allzweckwaffe gegen unliebsame Kritiker; allein zwischen Januar 2007 und April 2008 landeten 2722 Menschen wegen des Artikels vor dem Kadi. Weil die Gesinnungsprozesse aus Brüssel zunehmend schärfer kritisiert wurden, hat sich die Regierung Erdogan im vergangenen April zwar doch noch zu einigen Abänderungen an dem Paragraphen durchgerungen, der in seiner aktuellen Fassung „die türkische Nation, den Staat und seine Einrichtungen gegen Verunglimpfungen“ schützen soll. Von Menschenrechtsorganisationen wurde allerdings moniert, daß die Änderungen „reine Kosmetik“ gewesen seien, um für ein Ende der Brüsseler Kritik zu sorgen. Das jetzige Verfahren scheint diese Einschätzung zu bestätigen. Der Prozeß gegen seinen Mandanten zeige, daß der Artikel auch in seiner neuen Fassung eine erhebliche Gefahr für die Meinungsfreiheit darstelle, erklärte Demirers Anwalt Siar Risvanoglu.

(NTV, 9.9.08,
<http://www.istanbulpost.net/08/09/02/km2sep.htm#5>;
junge Welt, 11.9.08)

DTP vor dem Verfassungsgericht

Der DTP-Vorsitzende Ahmet Türk hat im Verbotsverfahren gegen seine Partei vor dem Verfassungsgericht die letzte mündliche Verteidigung vorgetragen. Darin forderte er das Gericht auf, anstatt eines Parteiverbots den Kurden eine demokratische Politik zu ermöglichen. Die PKK, zu der keine organische Verbindung seiner Partei bestehe, sei in einer Lösung der kurdischen Frage ein Faktor, der nicht übergangen werden könne.

Gemeinsam mit dem Abgeordneten Bengi Yildiz legte Türk die Rolle der DTP in einer Demokratisierung der Türkei dar und verwies darauf, dass er bereits vor knapp 20 Jahren als damaliger Vorsitzender der HEP im Verbotsverfahren vor Gericht gestanden habe. „In der Zwischenzeit hat es Dutzende Regierungen gegeben, der Beitrittsprozess der Türkei zur EU hat begonnen, es sind etliche Anpassungspakete verabschiedet worden. Aber trotz dieses Anspruches auf Veränderung stehen wir im Jahr 2008 wieder in einem weiteren Verbotsverfahren vor dem Verfassungsgericht.“

Im Falle eines Verbots könne das Kurdenproblem "kritisch" werden, warnte Türk: "Wenn die DTP geschlossen wird, würden sich die Kurden als unerwünscht fühlen, und das könnte zu einer ausweglosen Lage führen", sagte der Parteivorsitzende. Der im vergangenen November eröffnete Prozeß sei politisch motiviert und entbehre stichhaltiger Beweise.

In ihrem Plädoyer wies die DTP insbesondere auf den Umstand hin, daß die von der Anklage vorgelegten »Beweise« größtenteils

auf Gerichtsverfahren gegen einzelne Parteiangehörige beruhen, die zu 90 Prozent noch gar nicht abgeschlossen sind. Ein Hinzuziehen von schwebenden Verfahren als vermeintliche Indizien für eine verfassungsfeindliche Tätigkeit der Partei sei mit rechtsstaatlichen Normen unvereinbar. Zugleich warnte der DTP-Vorsitzende vor den unberechenbaren politischen Folgen eines Verbots. Seit ihrer Gründung setze sich die Partei ausschließlich für eine parlamentarische und friedliche Lösung des Kurdenproblems innerhalb der bestehenden Staatsgrenzen ein. Rund 1,5 Millionen Menschen hätten deshalb bei den letzten Wahlen für die DTP gestimmt, so Türk: „Es wäre ein schwerer Fehler, diese Menschen ihrer Hoffnungen zu berauben und unsere Partei zu verbieten, bevor ihr überhaupt eine Chance gegeben wurde“.

Das Urteil wird frühestens in vier Wochen erwartet. Bislang hat das 1963 gegründete Verfassungsgericht 24 Parteien verboten, darunter auch vier Vorgängerparteien der DTP. Wegen der rigiden Verbotspolitik ist Ankara bereits mehrfach vom Internationalen Menschengenrichtshof in Strassburg gerügt worden.

Generalstaatsanwalt Abdurrahman Yalcinkaya wirft der Partei vor, sie sei ein "Zentrum von Aktivitäten gegen die Einheit des Staates", sie unterhalte Verbindungen zur verbotenen Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) und unterstütze die PKK logistisch. Für 221 Funktionäre der Partei hat der Generalstaatsanwalt fünfjährige politische Betätigungsverbote beantragt. Die DTP war bei den Parlamentswahlen vom September 2007 zwar an der Zehnprozenthürde gescheitert. Dennoch hat sie im Parlament 22 Abgeordnete, die als unabhängige Kandidaten gewählt wurden.

(Yeni Özgür Politika und junge Welt, 17.9.08, ISKU; FR, 19.9.08)

Weg frei für grenzüberschreitende Militäroperation

Die AKP-Regierung hat die Genehmigung für grenzüberschreitende Militäroperationen um ein weiteres Jahr verlängert. Wie Regierungssprecher Cemil Cicek erklärte, werde die Entscheidung nach der Sommerpause Anfang Oktober 2008 ins Parlament eingebracht.

Die Genehmigung war am 17. Oktober 2007 vom Parlament der Türkei für ein Jahr erteilt worden. Seitdem fliegt die türkische Luftwaffe immer wieder Angriffe auf Irakisch-Kurdistan.

Die DTP-Abgeordnete Fatma Kurtulan kündigte an, ihre Fraktion werde den Beschluss nicht unterstützen: „Es muss endlich Abstand genommen werden von einer Politik, die auf Sterben und Töten aufbaut. Es sollte eine Politik nach dem Motto ‚leben und leben lassen‘ herrschen.“ Weitere Militäroperationen nützten den Menschen in der Türkei gar nichts, sondern führten nur zu weiterem Leid. „Immer wieder heißt es, die PKK werde in Kürze vernichtet sein, aber offensichtlich ist sie das nicht. Das Problem kann nur über demokratische Methoden gelöst werden.“

Bereits vor dem Ministerratsbeschluss hatte Generalstabschef Basbug öffentlich erklärt, eine Verlängerung der Genehmigung sei „kein Problem“.

Unterdessen ist für alle Offiziere und Soldaten an der Grenze nach Irakisch-Kurdistan stationierten Einheiten jeder Urlaub bis auf weiteres gestrichen worden. Im Grenzgebiet sind verstärkte militärische Bewegungen zu verzeichnen. Von den Gebieten um Cukurca und Uludere aus sind türkische Aufklärungseinheiten auf kurdisches Territorium im Irak vorgedrungen.

Der Friedensrat Türkei hat in mehreren Städten in der Türkei mit Kundgebungen und Briefen die Abgeordneten des Parlaments dazu aufgefordert, gegen eine Verlängerung der Genehmigung für grenzüberschreitende Militäroperationen zu stimmen.

(ANF, 17.9.08, ISKU; junge Welt, 19.9.08; Yeni Özgür Politika, 29.9.08, ISKU)

Medienkrieg der alten Männer: Erdogan gegen Dogan

Ein Konflikt zwischen Regierungschef Erdogan und dem Medienunternehmer Dogan erschüttert die Türkei. Denn ein von der Presse ausgeschlachteter Spendenbetrug in Deutschland bringt Ankara in Bedrängnis.

Kemal Göktas heizt die Stimmung im Saal ordentlich an. "Ich würde mich nicht wundern, wenn Aydin Dogan eines Tages um sechs Uhr morgens in seiner Wohnung festgenommen und in Handschellen von der Polizei abgeführt wird", warnt mit drohendem Unterton der Abgeordnete der türkischen AKP.

Die Regierungspartei von Ministerpräsident Tayyip Erdogan lässt derzeit keine Parteiveranstaltung verstreichen, ohne den Medienunternehmer Dogan zu attackieren. Erdogan droht mit Enthüllungen, lässt den Industriellen von den Parteifreunden ausbuhnen, zeichnet das Bild des allmächtigen, bösen Kapitalisten, der die Regierung erpresse, um wirtschaftliche Vorteile zu ergattern. Die Journalisten des größten türkischen Medienimperiums mit 14.000 Mitarbeitern titulierte er gar als "Dogans Revolverhelden". Der 72-jährige Dogan reagiert seinerseits prompt und scharf auf die Angriffe: In der AKP herrsche "eine Geisteshaltung wie im Regime von Saddam Hussein".

Hinter dem Krieg der beiden mächtigen Männer steht ein Spendenbetrug in Deutschland, der die Türkei erschüttert: Die sogenannte Leuchtturm-Affäre. Vor dem Landgericht Frankfurt sind kürzlich drei Männer zu Freiheitsstrafen verurteilt worden. Sie hatten von in Deutschland lebenden Türken für den islamischen Wohltätigkeitsverein Deniz Feneri gesammelt und dabei über 18 Mio. Euro zweckentfremdet in die Türkei verschoben. Die Hintermänner und Profiteure sitzen also in der Türkei.

Je mehr Details des Skandals ans Tageslicht gelangten - darunter die illegale Finanzierung regierungsfreundlicher Medien durch Spenden für wohltätige Zwecke -, desto mehr gerät der Regierungschef selbst ins Scheinwerferlicht. Es ist der schwerste Korruptionsskandal seit dem Machtantritt der AKP. Und es sind enge Vertraute des Ministerpräsidenten verwickelt.

Es ist die Berichterstattung von Dogans Zeitungen und TV-Sendern über den Skandal, die ihm die Wut des Regierungschefs und seiner Getreuen eingebracht hat. Die Attacken gipfelten Mitte September in dem Aufruf, die Titel der Dogan-Gruppe zu boykottieren.

Selbst die liberalste und sonst besonnene Tageszeitung des Hauses, "Radikal", für die auch AKP-nahe Kolumnisten schreiben, war da mit der Geduld am Ende. Sie titelte mit dem Bild einer Bücherverbrennung und der Schlagzeile "Die Fußstapfen des Faschismus".

Mittlerweile hat die Generalstaatsanwaltschaft in Ankara Ermittlungen aufgenommen. Sie will über das Justizministerium die Leuchtturm-Akte aus Deutschland anfordern. Noch hält sich Erdogan bedeckt und schweigt zu dem eigentlichen Spendenskandal.

Die Details sind höchst brisant. Ein Geldkurier für die Verschiebung der Spendengelder von Deutschland in die Türkei soll der frühere Nachrichtensprecher des AKP-nahen TV-Senders Kanal 7 gewesen sein. Zahid Akman ist mittlerweile der einflussreiche Vorsitzende des Rundfunk- und Fernsehrates (RTÜK). Zekeriya Karaman, einst Partner eines der Verurteilten, steht an der Spitze von Kanal 7. Beide sind enge Weggefährten des Ministerpräsidenten.

Gegen Akman ist ein Ermittlungsverfahren in Deutschland anhängig. Es geht um Betrug und Insolvenzverschleppung. Er saß mit einem der Verurteilten im Vorstand der Offenbacher und Frankfurter Wohnungsbaugenossenschaften, die Geld und die Eigenheimzulagen von 1300 türkischen Kleinanlegern veruntreut haben sollen. Die Werbespots für die Wohnungsbaugenossenschaft schaltete Kanal 7. Und die Medien, die mutmaßlich mit Spendengeldern aus Deutschland finanziert wurden - darunter Kanal 7 - leisten kräftig Schützenhilfe bei den Attacken auf Dogans Mediengruppe.

Allmählich mehren sich sogar innerhalb der AKP die Stimmen, dass Akman auf dem Posten des obersten Medienwächters nicht mehr haltbar sei. Selbst der türkische Parlamentspräsident Köksal Toptan, ebenfalls ein AKP-Mitglied, forderte schon indirekt den Rücktritt Akmans. Dieser verteidigte sich mit dem Hinweis, dass Premier Erdogan hinter ihm stehe.

Was die AKP stets als übles Geschrei der Opposition abtat, hat sie nun schriftlich. Das Frankfurter Landgericht verurteilte vergangene Woche drei in Deutschland lebende Türken wegen Betrugs und Unterschlagung zu Haftstrafen zwischen zwei und sechs Jahren. Der Fall sorgte in der Türkei für einen gewaltigen Aufruhr, weil indirekt die regierende AKP und sogar Erdogan persönlich darin verwickelt sind. Es ging um das Geschäftsgebaren der muslimischen Wohltätigkeitsorganisation „Leuchtturm e.V.“, eines Ablegers der gleichnamigen Organisation aus Istanbul, die Geld für Katastrophenhilfe und soziale Projekte sammelt. Dass der Frankfurter Prozess in der Türkei breit wahrgenommen wurde, war vor allem das Verdienst von Hürriyet. Die größte türkische Zeitung machte tagelang mit „Deniz Feneri“ (Leuchtturm) auf, alle anderen zogen nach. Als Reaktion darauf griff Erdogan den Boss der Dogan Holding, Aydin Dogan, dessen Flaggschiff Hürriyet ist, frontal an, und beschuldigte ihn, er wolle mit der Berichterstattung die Regierung unter Druck setzen, damit sie ihm bei einigen Bauprojekten entgegenkomme. Erdogan rief zum Boykott aller Dogan-Medien auf.

(DiePresse.com, 19.9.08; Financial Times Deutschland, 26.9.08; Handelsblatt, 17.9.08; FAZ und Tagesspiegel, 19.9.08; Weser Kurier, 26.9.08; der Standard.at, 29.9.08)

Offensive für Kurdisch und gegen den Krieg

Auf der zweiten Sitzung des „Demokratischen Gesellschaftskongresses“ in Diyarbakir ist am 20. und 21. September 2008 über die jüngsten politischen Entwicklungen und die Strategie zu den Kommunalwahlen diskutiert worden. Dabei wurden Qualität und Zeitplanung der kommenden Aktivitäten sowie Umfang der gesellschaftlichen Organisation und Institutionalisierung festgelegt.

Gegen die vom Ministerrat dem Parlament der Türkei vorgelegte Verlängerung der im Oktober ablaufenden Genehmigung für grenzüberschreitende Militäroperationen – deren Verabschiedung nur noch Formsache ist – sind Massenaktionen

in Form von „lebenden Schutzschildern“ im Grenzgebiet geplant. Weiterhin sind Interventionen im Ergenekon-Prozess sowie eine Fortsetzung der Dechiffrierung der AKP als kriegstreibende Partei beschlossen worden. Intern wird der Kongress seine institutionelle Struktur und Funktion erweitern. Die kurdische Sprache wurde als offizielle Sprache des Kongresses anerkannt und wird als Hauptkommunikationssprache verwendet werden. Im Rahmen der laufenden Muttersprachenkampagne wurde die Teilnahme einer Gruppe Studierender an einer DTP-Fraktionssitzung beschlossen, bei der diese stellvertretend eine kurdischsprachige Ansprache halten werden.

Für die Kommunalwahlen, die von strategischer Bedeutung sind, wurden Arbeitsweise und demokratische Methoden der Kandidatenaufstellung festgelegt. Weiterhin wurde eine Teilnahme an der Demonstration in Hasankeyf am 4. Oktober beschlossen

An dem Kongress, auf dessen erster Sitzung das Projekt „Demokratische Autonomie“ als Organisations- und Verwaltungsmodell verabschiedet worden war, nahmen ca. 600 Delegierte teil, darunter als Sprecherin Leyla Zana, der DTP-Vorsitzende Ahmet Türk und weitere Abgeordnete, der Oberbürgermeister von Diyarbakir Osman Baydemir und weitere Bürgermeister, AktivistInnen der Demokratischen Freien Frauenbewegung (DÖKH), der Patriotischen Demokratischen Jugend (YDG), Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie Einzelpersonen teil.

Die Abschlusserklärung des Kongresses wurde am 22. September von seiner Sprecherin Leyla Zana auf einer Demonstration für muttersprachliche Erziehung in Diyarbakir vorgetragen. In Bezug auf die Muttersprachenkampagne erklärte sie weiter: „Wir betteln nicht um Rechte. Wir werden sie uns nehmen, mit unserer eigenen Kraft.“

(Yeni Özgür Politika, 23.9.08)

Kurdische Kommunen werden auf Kurdisch kommunizieren

Wie die Tageszeitung Gündem vom 26. September 2008 berichtet, haben die Bürgermeister der kurdischen Kommunen, wie Bulanik, Dogubeyazit, Bostanici, Semdinli und Yüksekova beschlossen, Kurdisch als Schrift- und Kommunikationssprache einzuführen, da die in den Kommunen lebende Bevölkerung zu 95prozentiger Mehrheit Kurdisch redet.

(Gündem, 26.9.08)

Bülent Ersoy steht vor Gericht

Eine der populärsten türkischen Sängerinnen, Bülent Ersoy, steht wegen "Entfremdung des Volkes vom Militärdienst" vor Gericht. Ersoy hatte während eine TV-Sendung im Februar 2008 gesagt, sie würde ihr Kind nicht in den Krieg gegen die PKK schicken.

Bülent Ersoy will lieber sterben als schweigen. "Auch wenn sie mich hängen, werde ich weiter reden", sagte die populäre türkische Sängerin am 24. September 2008 vor einem Istanbuler Gericht. Ersoy ist angeklagt, weil sie am 25. Februar dieses Jahres in der Castingshow "Popstar Alaturka" als Jurorin überraschend den Einmarsch der türkischen Armee in den Nordirak kommentierte: "Für diesen Krieg der Anderen würde ich mein Kind nicht unter die Erde schicken", sagte die eigentlich als unpolitisch geltende Diva.

Auf die Erwiderung einer anderen Jurorin, die meinte, sie würde - hätte sie einen Sohn - diesen zum Militär schicken, sagte Ersoy: "Ach, immer dieselben Klischees, immer dasselbe Gelaber. Kinder sterben, es gibt, Blut, Tränen, Tote... und dann diese hohlen Worte."

Es folgte kollektive Empörung. Ersoy brach eines der stärksten Tabus in der Türkei: Sie kritisierte die Armee. Die Rundfunkaufsichtsbehörde schrieb, Ersoy habe ein "Prinzip" verletzt, wonach im Fernsehen "nicht gegen die nationalen Werte der Gesellschaft" verstoßen werden dürfe. Und der Staatsanwalt von Bakirköy leitete ein Verfahren ein. Der Vorwurf gegen Ersoy: "Entfremdung des Volkes vom Militärdienst", Artikel 318 des Strafgesetzbuchs.

Der Paragraph wird gern angewandt, um Kritiker mundtot zu machen. Er wurde wegen der impliziten Einschränkung der Meinungsfreiheit auch von der EU kritisiert. Doch bisher wurde das türkische Strafgesetzbuch noch nicht ausreichend reformiert. Der berüchtigte Paragraph 301, der die Verunglimpfung des Türkentums unter Strafe stellt, wurde etwa nur marginal verändert.

Der Staatsanwalt wirft Ersoy nun vor, sie habe gefährliche Propaganda für die PKK gemacht, der Militärdienst sei eine "heilige Pflicht" für jeden Türken. Ersoy drohen bei einer Verurteilung bis zu zweieinhalb Jahre Haft.

Vor dem Gericht riefen Fans: "Lang lebe die Diva." Ersoy erschien in weißem Leinen und goldenen Sandalen. Als Bub 1952 in Istanbul geboren, unterzog sie sich 1980 in London einer Geschlechtsumwandlung, erhielt deshalb vom damaligen Präsidenten Kenan Evren für acht Jahre Bühnenverbot in der Türkei und ging nach Freiburg in Deutschland. Heute ist sie in ihrer Heimat eine Symbolfigur für Homo- und Transsexuelle.

(DER STANDARD, Printausgabe, 26.9.08)

35 Zeitungsverbote in zwei Jahren in der Türkei

In der Türkei ist mit zwei weiteren Gerichtsbeschlüssen Ende September 2008 die Anzahl der Erscheinungsverbote gegen Zeitungen, die der kurdischen Bewegung nahe stehen, auf 35 gestiegen. So wurde nach einem einmonatigen Erscheinungsverbot für die Zeitung „Alternatif“ das gleiche für die „Gelecek“ („Zukunft“) ausgesprochen. In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, auf der Titelseite der seit Ende Mai erscheinenden „Gelecek“ habe sich ein Foto von Abdullah Öcalan befunden und dieser sei als „Führer des kurdischen Volkes“ bezeichnet worden. Die „Alternatif“ war wegen einer Reportage mit Murat Karayilan (KCK) sowie Aufzeichnungen der Verteidigergespräche mit Abdullah Öcalan verboten worden. Der Menschenrechtsverein IHD verurteilte im Rahmen einer Pressekonferenz in Istanbul die Erscheinungsverbote. Auch in Adana und Mersin protestierten zivilgesellschaftliche Organisationen gegen die Pressezensur.

(Yeni Özgür Politika, 29.9.08, ISKU)

EU zahlt 4,5 Milliarden Euro an Türkei und Westbalkan

Die Europäische Union unterstützt die Türkei und die potenziellen Beitrittswerber auf dem Westbalkan bis 2010 mit "Vorbeitritts-hilfen" im Ausmaß von fast 4,5 Milliarden Euro. Nach Angaben der Brüsseler EU-Kommission entfällt auf die Türkei mit

nahezu 1,8 Milliarden Euro der Löwenanteil dieser Mittel aus dem Gemeinschaftsbudget. Dahinter liegen Serbien mit 584 Millionen Euro, Kroatien mit 451 Millionen Euro und der Kosovo mit 359 Millionen Euro.

Bosnien-Herzegowina erhält 270 Millionen Euro aus dem EU-Topf, Albanien 245 Millionen Euro, Mazedonien 244 Millionen Euro und Montenegro 100 Millionen Euro. 458 Millionen Euro stellt die EU-Kommission überdies für grenzüberschreitende Programme bereit.

In der Türkei unterstützt die EU demnach Programme zur Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten, Minderheitenschutz sowie den Dialog mit der Zivilgesellschaft. Für den Kampf gegen Kinderarbeit stehen etwa 5,3 Millionen Euro bereit.

Bisher verhandelt die EU nur mit der Türkei und Kroatien über einen Beitritt. Offiziellen EU-Kandidatenstatus hat auch Mazedonien, doch hat die Union grundsätzlich allen Ländern des Westbalkan eine Beitrittsperspektive versichert. EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso hat kürzlich gesagt, dass schon im kommenden Jahr auch Serbien EU-Beitrittskandidatenland werden könnte.

(Die Presse, 29.9.08)

Christsein in der Türkei?

In der türkischen Provinz Artvin an der Grenze zu Georgien, wo die Mehrheit der Bevölkerung ethnische Georgier sind, sind 22 Christen aus ihrer Kirche heraus festgenommen und abgeführt worden, weil Anwohner und Sicherheitskräfte sie der „missionarischen Aktivitäten“ verdächtigten. Wie die Tageszeitung „Taraf“ meldete, sichtete eine Streife der paramilitärischen Gendarmarie am 26. September 2008 im Dorf Cevizli einen Priester im Ornat auf der Straße vor einer Kirche. Die Soldaten nahmen sowohl den Priester als auch die in der Kirche betende Gemeinde – 18 Frauen und drei Männer – fest und führten sie zur Wache ab.

Bei dem Geistlichen handelte es sich um einen georgischen Priester, wie sich bei der Aufnahme der Personalien herausstellte. Der 33-Jährige war drei Tage zuvor aus dem nahen Georgien eingereist, um in den Kirchen der Region Gottesdienste zu zelebrieren.

Die Bewohner von Cevizli gaben zu Protokoll, die Christen hätten im Dorf Bonbons an Kinder und Bibeln an Erwachsene verteilt. Die Gendarmen nahmen dem Geistlichen eine Geldstrafe von umgerechnet 70 Euro für das Tragen von religiöser Kleidung in der Öffentlichkeit ab, das in der Türkei verboten ist; anschließend wurden die Christen freigelassen.

Offiziell herrscht in der Türkei zwar Religionsfreiheit, weder der christliche Gottesdienst noch das Missionieren sind verboten. In der Praxis gelten Christen und erst recht Missionare der türkischen Öffentlichkeit aber vielfach als feindliche Agenten, die die türkische Nation unterwandern wollen.

Wütende Menge stürmt wegen Kreuz Filmarbeiten

In der türkischen Großstadt Kayseri - der historischen Metropole von Kappadokien - hat am 17. September 2008 eine wütende Menge die historische Burg über der Stadt gestürmt, weil dort für Filmaufnahmen oströmische Fahnen mit dem christlichen Kreuz gehisst waren. Wie die Tageszeitung "Hürriyet" berichtete, musste der Regisseur die Polizei zu Hilfe rufen, um sein Filmteam vor der aufgebracht Menge zu schützen. "Wir sind hier Muslime, was haben die Kreuze bei uns verloren", schrien

demnach die Demonstranten, die offensichtlich von Agitatoren aufgehetzt worden waren.

Das Filmteam, das mit Genehmigung des Vali (Gouverneurs) einen Dokumentarfilm über die Geschichte Anatoliens drehte, entfernte laut Bericht die byzantinischen Fahnen, packte seine Ausrüstung zusammen und reiste ab. "Mit den Fahnen wollte ich illustrieren, dass die Burg von den Byzantinern erbaut worden ist", so der Regisseur Tanyolac Türkben, der selbst aus Kayseri stammt.

Türkische Protestanten: Angriffe schärfer verfolgen

Die türkische Union Protestantischer Kirchen hat eine schärfere Verfolgung von Angriffen auf ihre Glaubensbrüder in dem Land gefordert. Die Polizei ermittelte nach Anschlügen nicht ausreichend und verhalte sich oft gleichgültig.

Die Täter würden meist nicht gefunden, kritisierte der Verband in einem Brief an das Büro des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan, über den die Tageszeitung «Sabah» am 5. September 2008 berichtete. Verdächtige kämen nach kurzer Zeit oder nach Zahlung einer Geldstrafe auf freien Fuß.

Nach dem Mord an drei Christen in Malatya im vergangenen Jahr habe es eine Welle von Angriffen gegeben, berichtete der Verband. «Sabah» zeigte eine Landkarte, auf der 30 Zwischenfälle verzeichnet sind. Allein neun Angriffe habe es in Samsun an der Küste des Schwarzen Meeres gegeben, gefolgt von sieben in Antalya am Mittelmeer.

Bei einem Überfall im April 2007 auf einen kleinen Bibelverlag in Malatya waren ein 46-jähriger Deutscher und zwei zum Christentum übergetretene Kurden getötet worden. Die Opfer waren zuvor an Stühle gefesselt und mit Messern gefoltert worden. Die Ermordung sorgte weltweit für Empörung. Die fünf Hauptverdächtigen werden nationalistischen Kreisen zugerechnet. Ihnen wird derzeit der Prozess gemacht.

Die Union Protestantischer Kirchen vertritt nach eigenen Angaben etwa 50 Gemeinden mit rund 3000 Mitgliedern, vor allem türkisch- und kurdischen Konvertiten.

(Berliner Zeitung, 6.9.08; Der Standard, 18.9.08; welt.de, 27.9.08; FR, 29.9.08)

42 Gefangene mit weniger Glück als Erbakan

Die Begnadigung von ehemaligen Vorsitzenden der verbotenen Wohlfahrtspartei, Necmettin Erbakan, durch den Staatspräsidenten Abdullah Gül, der seinen Hausarrest wegen dauerhafter Krankheit aufhob, hat zu Diskussionen um die Lage kranker Gefangener geführt. Die Menschenrechtsstiftung der Türkei (TIHV) gab an, dass es 42 Gefangenen genau so schlecht gehe wie Necmettin Erbakan. Der Menschenrechtsverein IHD bezifferte die Zahl der dauerhaft erkrankten Gefangenen auf 52. Yavuz Önen, der Vorsitzende der TIHV sagte, dass es um eine ordentliche Behandlung und nicht um vorzeitige Entlassung gehe und forderte den Staatspräsidenten auf, die gleiche Sensibilität, die er Erbakan habe zukommen zu lassen, auch den anderen Gefangenen zu gewähren.

(www.tuerkeiforum.net, info@tuerkeiforum.net, Milliyet, 21.8.08)

Neues Wahlgesetz benachteiligt Minderheiten

Nach der Verabschiedung eines neuen Gesetzes für die Provinzwahlen im Irak hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) am 29. September 2008 für die Minderheiten eine Quotenregelung gefordert. „Das neue Wahlgesetz benachteiligt vor allem die religiösen Gemeinschaften der Assyrer-Chaldäer-Aramäer, Yeziden, Shabak, Feili-Kurden, Mandäer und Armenier“, kritisierte der Präsident der GfbV International, Tilman Zülch, in Schreiben an den irakischen Präsidenten Jalal Talabani und den Präsidenten des autonomen Bundesstaates Kurdistan, Masud Barzani. „Damit die Minderheiten gerecht vertreten werden können, müssen für sie Quoten dort eingeführt werden, wo sie in größerer Zahl leben. Nur so können sie unabhängig von den Wahlergebnissen in allen Gremien präsent sein.“

Nach monatelangen heftigen Diskussionen wurde das neue Wahlgesetz am 24. September 2008 im irakischen Parlament verabschiedet. Bis Ende Januar 2009 sollen nun in 14 der 18 irakischen Provinzen Wahlen durchgeführt werden. Ausgenommen sind drei Provinzen in Irakisch-Kurdistan (Arbil, Dohuk, Sulaymaniye) und die Provinz Kirkuk, deren verwaltungsmäßige Zugehörigkeit zwischen der Zentralregierung in Bagdad und der kurdischen autonomen Region in Irakisch-Kurdistan umstritten ist. Die geplanten Provinzwahlen gelten als wichtiger Schritt zur weiteren Stabilisierung des Irak und sollen unter Aufsicht der Vereinten Nationen stattfinden.

Obwohl alle größeren Fraktionen dem Gesetz zugestimmt hatten, ist die Kritik auch dort nicht verstummt. Sie kommt vor allem von kurdischer Seite. So hält Dr. Kamal Kirkuki, Vize-Präsident des Regionalparlaments Kurdistan und Beiratsmitglied der dortigen GfbV-Sektion, das Gesetz für undemokratisch, weil es nicht zulasse, dass zum Beispiel die Bürger in Kirkuk zum gleichen Zeitpunkt wie in den anderen Provinzen entscheiden können, wer sie im Provinzrat vertreten soll. „Das neue Gesetz ist unter massivem Druck der USA und der Vereinten Nationen zustande gekommen“, sagte ein GfbV-Mitarbeiter in Arbil.

(Gesellschaft für bedrohte Völker, 29.9.08, nahost@gfbv.de, www.gfbv.de; derStandard.at, 24.9.08

Hungerstreik in iranischen Gefängnissen

Seit dem 25. August 2008 befinden sich die kurdischen gefangene von PAJK- und PKK im Iran im unbefristeten Hungerstreik für die Aufhebung der Todesstrafe und ein Ende der Repression und Folter in den Haftanstalten.

Aus den wenigen Erklärungen der Aktivisten, die aus den iranischen Kerkern an die Öffentlichkeit gelangen, geht hervor, dass sie entschlossen sind, aufgrund der unhaltbaren Bedingungen notfalls zu sterben, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden. Die Situation erinnert an das Geschehen im Gefängnis von Diyarbakir nach dem Militärputsch von 1980 in der Türkei, wo ein Todesfasten für die Gefangenen die einzige Möglichkeit war, ihre Würde zu wahren.

Unterdessen laufen die Aktionen zur Solidarität mit den Hungerstreikenden weiter. Auch in der Türkei führen die Gefangenen der PKK aus Solidarität mit ihren Weggefährten im Iran einen Hungerstreik durch.

Das Siedlungsgebiet der Kurden im Iran umfasst die vier Provinzen Kermanschah, Ilam, Westaserbaidshah sowie Kurdistan im Westen des Landes und hat mit seinen zehn Millionen Einwohnern eine Gesamtfläche von ca. 125.000 km².

Im Vielvölkerstaat Iran leben neben Persern auch Aseri, Kurden, Araber, Belutschen, Turkmenen, Assyroaramäer sowie andere kleinere ethnische und religiöse Minderheiten. Die nichtpersischen Nationalitäten stellen weit mehr als die Hälfte der rund 75 Millionen Staatsbürger des Iran. Als eigenständige Völker mit eigener Sprache, Kultur und Geschichte werden sie nicht anerkannt, sondern im Iran bewusst als "ethnische Gruppen" bezeichnet. Sie alle leiden unter Unterdrückung und Diskriminierung.

(GfbV, 3.9.08; ANF, 27.9.08, ISKU; Yeni Özgür Politika, 28.9.08)

Syrisch-kurdischem Menschenrechtler droht lebenslange Haft

Dem syrisch-kurdischen Menschenrechtler Maschal Tamo droht nach Informationen der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) lebenslange Haft mit Zwangsarbeit. Nach Paragraph 298 des syrischen Strafgesetzbuches werde ihm diese harte Strafe auferlegt, wenn das Gericht in Damaskus ihn wegen des angeblichen Versuchs, einen Bürgerkrieg anzuzetteln, schuldig spricht.

„Doch diese Vorwürfe, die unserem Gewährsmann jetzt gemacht werden, sind absurd! Maschal Tamo lehnt jede Form von Gewalt zur Lösung politischer Fragen kategorisch ab“, erklärte der GfbV-Nahost-Experte Kamal Sido am 22. September. Offenbar solle der mutige Menschenrechtler mundtot gemacht werden. Der sechsfache Vater berichtete der GfbV regelmäßig über die Lage der Kurden in Syrien. Ihm werde jetzt außerdem unterstellt, er habe die staatliche Autorität und nationale Identität geschwächt und verletzt und somit den Tatbestand von Paragraph 285 erfüllt.

Maschal Tamo war in der Nacht vom 14. auf den 15. August 2008 in der Stadt Ain al-Arab im Norden Syriens von einer Patrouille des syrischen Geheimdienstes verschleppt worden. Seinen Angehörigen wurde tagelang jede Auskunft über seinen Verbleib verweigert, sein Privatwagen wurde beschlagnahmt.

Die GfbV konnte schließlich in Erfahrung bringen, dass der Menschenrechtler im Gefängnis al-Adra bei Damaskus in einer Zelle mit Straftätern festgehalten wird. Zuvor hatte die GfbV Außenminister Frank-Walter Steinmeier und seinen französischen Amtskollegen Bernard Kouchner sowie alle EU- bzw. westeuropäischen Botschaften in Damaskus alarmiert und darum gebeten, sich für Tamo einzusetzen. Außerdem hatte die Menschenrechtorganisation schriftlich an den syrischen Präsidenten Al-Assad, seinen Verteidigungs-, Justiz- und Außenminister appelliert, Tamos Aufenthaltsort bekannt zu geben und ihn freizulassen. Die Vertreterin der GfbV bei den Vereinten Nationen hatte sich beim Repräsentanten der Syrischen Arabischen Republik in New York für seine Freilassung eingesetzt.

Außerdem sind wegen Beteiligung an einer Demonstration im Sommer 2005 etwa 50 Kurden in Syrien nach Angaben von Menschenrechtlern zu Haftstrafen verurteilt worden. Das Strafmaß liege zwischen vier und sechs Monaten und sei von einem Militärgericht verhängt worden, erklärte die Nationale Organisation für Menschenrechte in Syrien am 15. September 2008. Die Protestaktion fand im Juni 2005 in der kurdischen Stadt Kamischli statt und richtete sich gegen die Ermordung eines prominenten kurdischen Geistlichen. In Syrien mit seinen knapp 20 Millionen Einwohnern leben 1,5 Millionen Kurden.

(AP, 15.9.08; Gesellschaft für bedrohte Völker, 22.9.08, nahost@gfbv.de, www.gfbv.de

Neuerscheinungen

Wie frei ist die kurdische Sprache im EU-Kandidatenland Türkei?

Memo Sahin (Hg.)

Mit Beiträgen von Jutta Hermanns, Mustafa Akgün, Sabine Skubusch und Günay Aslan sowie mit einem Dokumentationsteil.

„Die UN-Generalversammlung hat das Jahr 2008 zum Internationalen Jahr der Sprachen erklärt. Es soll die Bedeutung der sprachlichen und kulturellen Vielfalt hervorheben und mit weltweiten Projekten fördern. Die UNESCO ist die federführende Organisation im System der Vereinten Nationen für das Internationale Jahr der Sprachen.

Das zunehmende Verschwinden insbesondere kleiner Sprachen bedroht die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen. Die Sprache eines Volkes spiegelt das traditionelle Wissen über Umwelt und Kultur ihrer Träger wider. Der Untergang einer Sprache bedeutet damit auch den unwiederbringlichen Verlust dieses Wissens und dieser Kultur...

Im Rahmen des Internationalen Jahrs der Sprachen sind Regierungen, UN-Organisationen, Organisationen der Zivilgesellschaft, Bildungs- und Kultureinrichtungen dazu eingeladen, ihre Aktivitäten zur Förderung und zum Schutz des Kulturgutes Sprache und insbesondere der bedrohten Sprachen auszubauen...

So steht es auf dem Papier der Weltorganisation. Die Praxis aber sieht z.B. in der Türkei ganz anders aus. In der Dokumentation sind einige Beispiele über den Stand der kurdischen Sprache im EU-Kandidatenland Türkei zusammengestellt. Auch im von der UN erklärten ‚Internationalen Jahr der Sprachen‘ dürfen etwa 20 Mio. KurdInnen von universellen Grundrechten, wie etwa freie Anwendung ihrer Muttersprache, kein Gebrauch machen. Kurdisch sprechen wird geahndet und jedes Jahr werden Millionen von kurdischen Kindern nicht auf ihre Muttersprache, sondern in einer Fremdsprache eingeschult, d.h. sie sind einer beispiellosen Zwangsassimilierung ausgesetzt. Ob dies ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt oder gar mit kulturellem Genozid bezeichnet werden darf, mögen die Politiker und Bürokraten in höheren Etagen der Weltpolitik beurteilen. Eines steht aber schon jetzt fest: Millionen von KurdInnen sind gegen die willkürlichen und beispiellosen Machenschaften des türkischen Staates aufgestanden und kämpfen mit allen möglichen demokratischen Mitteln für die Freiheit der kurdischen Sprache im Alltag, in der Schule und Öffentlichkeit.

Die UN, UNESCO, UNICEF und die EU sind eingeladen, ihrer Aufgabe gerecht zu werden und hierzu einen kleinen Beitrag zu leisten.“

Zu Beziehen über Pro Humanitate, ISBN: 3-933884-11-X,
pro-humanitate@t-online.de

Die Türkei, die Juden und der Holocaust

Corry Guttstadt

Die erste Generation türkischer Migranten in Westeuropa war mehrheitlich jüdisch. 20 bis 30.000 Juden türkischer Herkunft lebten während der Zwischenkriegszeit in verschiedenen europäischen Ländern, wo sie eigene sephardische Gemeinden gründeten. Obwohl viele von ihnen Opfer der Schoah wurden, sind sie in internationaler Holocaustforschung bislang kaum berücksichtigt worden.

Das vorliegende Buch zeichnet die wechselvolle Geschichte der Juden des Osmanischen Reiches und der Türkei nach. Es

beleuchtet die Entstehung des modernen türkischen Nationalstaats und dessen Minderheitenpolitik, die die Situation der Juden entscheidend veränderte. Es untersucht die Beziehungen zwischen NS-Deutschland und der Türkei im Zweiten Weltkrieg, die ambivalente Politik Ankaras gegenüber Flüchtlingen und Exilsuchenden sowie das Schicksal der in Europa lebenden türkischen Juden während der Schoah.

Zu Beziehen bei Verlag Assoziation A, T: 040-80609208 |
hamburg@assoziatio-n-a.de

Kriegsdienstverweigerung in der Türkei

Mit dem Titel dokumentiert das Kriegsdienstverweigerungsnetzwerk Connection e.V. Beiträge der letzten Jahre, Berichte zur Verfolgung einzelner Verweigerer, Aktivitäten in der Türkei und im Ausland, Interviews, Analysen und Stellungnahmen. Damit gibt die Broschüre einen plastischen Überblick zur Motivation, Bedeutung und den Perspektiven eines mutigen Kampfes für die Entmilitarisierung der türkischen Gesellschaft.

Auszüge der Broschüre finden Sie unter http://www.Connection-eV.de/Inhaltsverzeichnis/tuerkei08_fm.html

Die Broschüre kann bei *Connection e.V.* bezogen werden über <http://www.Connection-eV.de/Materialien.html>;
office@Connection-eV.de

Gene Sharp: Von der Diktatur zur Demokratie

Dieses Buch ist ein Lehrbuch zur gewaltfreien Überwindung von Diktaturen. Sharp hat es ursprünglich für die Demokratiebewegung in Birma geschrieben. Besonders bei der Befreiung von Diktaturen in Osteuropa hat es eine wichtige Rolle gespielt. Der Klassiker der Widerstandsliteratur, der bisher in 28 Sprachen übersetzt wurde, liegt jetzt erstmals auch in deutscher Sprache vor.

Verlag C.H.Beck, ISBN 978-3-406-56817-6 , 9,95 Euro

Hinweis auf sonstige Infostellen

Azadi, azadi@t-online.de; www.nadir.org/azadi/
Demokratisches Türkeiforum, info@tuerkeiforum.net,
www.tuerkeiforum.net

Europäischer Friedensrat Türkei/Kurdistan,
www.barismeclesi.com/html/index.php?newlang=german
Gesellschaft für bedrohte Völker, nahost@gfbv.de, www.gfbv.de
ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V., isku@nadir.org;
www.nadir.org/isku/

Koalition für einen Demokratischen Irak (KDI), kdi@gmx.net
Koalition Demokratisches Syrien (KDS), kds-info@gmx.net
Kurdisches PEN-Zentrum, webmaster@pen-kurd.org,
www.pen-kurd.org/

Kurdistan Report, www.kurdistanreport.de
Mezopotamian Development Society, MESOP@online.de,
www.mesop.de

NAVEND – Zentrum für kurdische Studien e.V., info@navend.de,
<http://www.navend.de/>

Österreichisch-Kurdische Ges. für Wissenschafts- u. Kultur-
austausch, office@ok-gesellschaft.at, [w.w.w.ok-gesellschaft.at/](http://www.w.w.ok-gesellschaft.at/)
The Turkish Economic and Social Studies Foundation (TESEV),
www.tesev.org.tr/eng/

Zentrum für Türkei-Studien, www.zft-online.de